

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, April 2012

13. April 2012

EU-USA:

Passagierdatenabkommen

Bericht Sophia in't Veld
(ALDE, Niederlande)

"Abkommen zwischen der EU und den USA über die Verwendung von Fluggastdatensätzen und deren Übermittlung an das US Department of Homeland Security"

Verfahren der Zustimmung

Debatte und Abstimmung am
Donnerstag, 19. April

Jan Philipp Albrecht MdEP

Büro +33 3 881 75 060

Hintergrund: Die USA fordern seit dem 11. September 2001 von Fluglinien ein, dass die Buchungsdaten aller Passagiere, die in die USA reisen oder deren Luftraum überqueren, an dortige Sicherheitsbehörden zur Auswertung und Speicherung übermittelt werden. Das Europäische Parlament hat nach langen Jahren der Kritik an dieser Maßnahme im Mai 2010 die Kommission aufgefordert, ein vorläufiges Abkommen von 2007 neu zu verhandeln und den Datenschutz deutlich zu verbessern. Das neue Abkommen liegt dem EP nun zur Ratifizierung vor. Es erlaubt weiterhin 15 Jahre Vorratsdatenspeicherung und die Rasterfahndung für ganz unterschiedliche Strafbarkeitsbereiche. Der juristische Dienst der Kommission sowie der europäische Datenschutzbeauftragte haben schwere Bedenken geäußert.

Grüne Position: Die Grünen lehnen das Abkommen ab. Die Generalüberwachung aller Reisenden ist nicht verhältnismäßig, ein Nachweis der Notwendigkeit für diesen schweren Grundrechtseingriff ist bis heute nicht erbracht. Das Abkommen verstößt gegen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung und zur Rasterfahndung sowie entsprechende Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Das US-Datenschutzrecht bietet EU-Bürgerinnen und -Bürgern zudem keine gerichtliche Durchsetzbarkeit ihrer Rechte. Das Abkommen stellt zudem einen gefährlichen Präzedenzfall für das diskutierte EU-System zur Überwachung von Passagierdaten dar.

Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage

Bericht Marianne Thyssen
(EVP, Belgien)

"Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage"

Verfahren der Konsultation

Debatte am Mittwoch,
18. April
Abstimmung am Donnerstag,
19. April

Sven Giegold MdEP

Hintergrund: Das Europäische Parlament wird über seine Änderungsvorschläge zum Kommissionsvorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsbemessungsgrundlage ("GKKB") abstimmen. Die GKKB vereinfacht das europäische Steuersystem und baut so Verwaltungskosten ab. Steuerschlupflöcher für grenzüberschreitend tätige Unternehmen werden geschlossen und Doppelbesteuerung im Binnenmarkt vermieden.

Grüne Position: Die Grünen fordern ein Ende des Steuerwettbewerbs zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Es darf für international agierende Konzerne nicht weiter möglich sein, Systeme verschiedener Mitgliedsstaaten gegeneinander auszuspielen und sich so ihrer Steuerpflichten zu entledigen. Optionale Harmonisierungen reichen nicht aus, um relevante Mehreinnahmen zu erzielen. Die Grüne Europafraktion konnte aber erreichen, dass voraussichtlich eine Mehrheit des Parlaments den Grünen Änderungsantrag für eine bindende GKKB für alle großen, grenzüberschreitend tätigen Unternehmen in der EU unterstützen und eine europaweite Mindestbesteuerung fordern wird.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Büro +33 3 881 75 369

EU-Menschenrechtspolitik

Bericht Richard Howitt
(S&D, Großbritannien)

*"Menschenrechte in der Welt,
Politik der Europäischen Union
in diesem Bereich und
Auswirkungen auf die in der EU-
Menschenrechtspolitik verfolgte
Strategie"*

Debatte am Dienstag,
17. April

Abstimmung am Mittwoch,
18. März

Barbara Lochbihler MdEP
Büro +33 3 881 75392

Hintergrund: Der Arabische Frühling hat deutlich gezeigt, dass die EU zu lange Diktatoren unterstützt und gleichzeitig zu wenig auf Menschenrechte geachtet hat. Die derzeitige Neuorientierung der EU-Menschenrechtspolitik wird in dem Bericht des britischen Sozialdemokraten Richard Howitt aufgegriffen und bewertet. Es steht allerdings zu befürchten, dass die Hohe Vertreterin Ashton bei der Neuausrichtung der EU-Menschenrechtspolitik das Europäische Parlament nicht beteiligen wird. Gleiches gilt für die Besetzung des neu zu schaffenden Postens des EU-Sonderbevollmächtigten für Menschenrechte, den das EP schon seit langem fordert.

Grüne Position: Die Grünen begrüßen grundsätzlich Howitts Bericht und tragen ihn mit. Eine Neuausrichtung der EU-Menschenrechtspolitik ohne Beteiligung des EP kann aber nicht vollständig sein. Baroness Ashton muss sich entscheiden, ob sie mit einer gemeinsamen EU-Menschenrechtserklärung eine starke Botschaft nach außen senden wird oder das EP außen vorlässt und damit weiterhin im interinstitutionellen Konkurrenzkampf verharrt. Darüber hinaus kann die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union nur überzeugen, wenn die künstliche Trennung und die doppelten Standards zwischen Menschenrechtsverletzungen innerhalb und außerhalb der EU aufgegeben werden.

Fusionsreaktor ITER

Bericht Francesca Balzani
(S&D, Italien)

*"Entwurf des
Berichtigungshaushaltsplans Nr.
1/2012: Finanzierung des ITER"*

Debatte am Mittwoch,
18. April

Abstimmung am Donnerstag,
19. April

Helga Trüpel MdEP
Büro +33 3 881 75140

Hintergrund: In der kommenden Woche wird das Parlament über eine weitere Aufstockung der Mittel für den Kernfusionsreaktor ITER entscheiden. Allein im Jahr 2012 sollen demnach 650 Millionen Euro in das Großprojekt fließen. Die Abstimmung besiegelt ein bereits im Dezember zwischen Rat und Parlament ausgehandeltes Übereinkommen.

Grüne Position: Die Grünen stellen sich gegen eine Mehrheit im Europäischen Parlament, die den zusätzlichen Ausgaben zustimmen wird. Nicht nur handelt es sich bei dem Reaktor um eine atomare Risikotechnologie, die die Grünen ablehnen - es erscheint darüber hinaus als mehr als ungewiss, ob der Reaktor die in ihn gesetzten Hoffnungen je wird erfüllen können. Gerade angesichts der Sparanstrengungen in den Mitgliedsstaaten und der Haushaltsdisziplin, die sich die EU beim Budget für 2012 auferlegt hat, sind solche Investitionen nach dem Prinzip Hoffnung höchst problematisch. Anstatt das Geld in das Millionengrab ITER zu pumpen, sollte die EU Mittel gezielt in Grüne Technologien und erneuerbare Energieträger investieren, um so die Nachhaltigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft zu stärken.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Finanzierungsinstrument für Strukturfonds

Bericht Danuta Maria Hübner
(EVP, Polen)

"Risikoteilungsinstrumente für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind"

Ordentliche Gesetzgebung,
1. Lesung

Debatte am Mittwoch,
18. März
Abstimmung am Donnerstag,
19. März

Elisabeth Schroedter MdEP
Büro +33 3 881 75 234

Hintergrund: Das Europäische Parlament stimmt über ein neues Instrument zur Finanzierung von Strukturprojekten ab. Dabei geht es um die Absicherung der Kofinanzierung von Strukturprojekten durch private Banken im krisengeschüttelten Griechenland. Von der EU geförderte Strukturprojekte können dort nicht mehr umgesetzt werden, da private Investoren die nötigen Mittel nicht aufbringen. Die Kommission hat daher ein sogenanntes "risk-sharing-Instrument" vorgeschlagen, das die Risiken der Banken, die die Kofinanzierung übernehmen, abfedern soll. Dabei werden bereits vorhandene Strukturfondsmittel von Griechenland an die Kommission zurückgeführt, die dann gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Sicherungsfonds zur Verfügung stellt. Die Änderung der Verordnung ist im Trilog zwischen den Institutionen in kürzester Zeit verhandelt worden. Eine echte Debatte um die tatsächlichen Auswirkungen dieses neuen Instruments konnte so nicht stattfinden.

Grüne Position: Die Grünen werden sich enthalten. Zwar unterstützen sie das Finanzinstrument des "risk-sharings", kritisieren jedoch, dass damit laufende Projekte einfach weiter geführt werden, ohne auf deren Qualität und Nachhaltigkeit zu achten. Es zeigt sich, dass der Einsatz des neuen Finanzinstruments in Griechenland vor allem für den Bau von Autobahnen eingesetzt werden soll. Es gibt keinen Anlass zu der Annahme, dass mit diesen Geldern sinnvolle und nachhaltige Initiativen, oder möglicherweise zukunftsweisende Energieeffizienzprojekte gefördert werden.

Energiebesteuerung

Bericht Astrid Lulling
(EVP, Luxemburg)

"Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom"

Verfahren der Konsultation

Debatte am Mittwoch,
18. April
Abstimmung am Donnerstag,
19. April

Sven Giegold MdEP
Büro +33 3 881 75 369

Hintergrund: Die Kommission hat einen guten Vorschlag zur Revision der Energiebesteuerungsrichtlinie vorgelegt. Darin ist vorgesehen, europäische Mindeststeuersätze auf Energieträger festzulegen. Die ausschlaggebenden Faktoren für die Höhe der Steuer sind demzufolge für alle Energieträger der CO₂- Ausstoß und der Energiegehalt. Die existierenden Verzerrungen sollen auslaufen.

Grüne Position: Die Richtlinie fußt in ihrer aktuellen Fassung auf überholten steuerlichen Annahmen. Diesel wurde nicht geringer besteuert, weil es ein effizienterer Treibstoff ist, sondern weil man davon ausging, dass Dieselfahrzeuge vor allem im gewerblichen Transport eingesetzt würden. Das gilt heute nicht mehr. Die Grünen haben sich für eine gezielte Besteuerung zur Förderung einer effizienteren Nutzung von Energie zum Schutz des Klimas eingesetzt. Im Ausschuss konnten sie gegen die Stimmen der Konservativen einen Text durchsetzen, der das Steuersystem nach dem Ziel ausrichtet, sauberer, sparsamer und klimafreundlicher zu wirtschaften und zukunftsfähige Arbeit zu schaffen. Die Grünen unterstützen den jetzt vorliegenden Bericht.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Situation in Syrien

Stellungnahme der Hohen
Vertreterin, Catherine Ashton

Debatte am Dienstag, 17. April

Franziska Brantner MdEP

Büro +33 3 881 75 816

Hintergrund: Trotz des 6-Punkte-Friedensplans der Vereinten Nationen und diverser Waffenruhen geht die Gewalt in Syrien weiter. Assads Truppen setzen unvermindert schwere Waffen gegen Rebellen und Zivilisten ein. Die EU hat umfassende Sanktionen verabschiedet, doch ihr Nutzen ist begrenzt - und nicht alle Mitgliedsstaaten haben sie vollständig umgesetzt. Zypern genehmigte trotz des Verbots von Waffenexporten einem mit Waffen für die syrische Armee beladenen russischen Frachter die Weiterfahrt vom zypriotischen Hafen Limassol nach Syrien. Weiterhin deportierte Zypern 2011 über 50 syrische Kurden nach Syrien, wo mindestens 17 von ihnen eingesperrt wurden.

Grüne Position: Die EU muss die syrische Opposition in ihrem friedlichen Kampf stärker unterstützen: Durch eine stärkere Unterstützung der Flüchtlinge und mehr humanitäre und technische, nicht- militärische, Hilfe, wie die Bereitstellung von Kommunikationsmitteln.

Das Verhalten Zyperns stellt einen klaren Verstoß gegen die EU-Sanktionen dar. Umso bedenklicher, da Zypern am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Das Schweigen von Ashton gegenüber diesem Vorfall ist nicht hinnehmbar. Die Grünen haben daher eine mündliche Anfrage an Ashton beantragt und werden in der Syrien-Debatte darauf dringen, dass der Vorfall von der EU genau untersucht und die zypriotischen Behörden zur Verantwortung gezogen werden. In Zukunft muss die Umsetzung der EU-Sanktionen durch die Mitgliedsstaaten von der EU strenger überwacht werden. Weiterhin muss Zypern die Abschiebung von Flüchtlingen nach Syrien so lange einstellen, bis faire Gerichtsverfahren und die Einhaltung der Menschenrechte garantiert sind.

Situation von Migranten in Griechenland

Stellungnahmen von Rat und
Kommission

Debatte am Donnerstag,
19. April

Ska Keller MdEP

Büro +33 3 881 75379

Hintergrund: Die Situation von Migrantinnen und Migranten in Griechenland gibt seit langem Anlass zur Besorgnis. Die Flüchtlingslager sind in derart miserablen Zustand, dass Deutschland und andere EU-Länder Flüchtlinge nicht mehr dahin zurück überweisen dürfen, weil die Unterbringung menschenunwürdig ist. Die Bearbeitung von Asylverfahren ist so schleppend, dass es einen enormen Rückstau gibt und die Anerkennungsrate bei unter einem Prozent liegt. Gleichzeitig ruft Griechenland die von der EU zugesagten Gelder für eine umfassende Reform der griechischen Migrations- und Asylpolitik offenbar kaum ab.

Grüne Position: In Griechenland liegt vieles im Argen. Populismus ist aber die falsche Antwort auf die Probleme. Weder hilft es, wenn Bundesinnenminister Friedrich mit der Wiedereinführung von Kontrollen an den griechischen EU-Binnengrenzen droht. Noch löst es die Probleme, wenn die griechische Regierung Flüchtlinge jetzt kasernieren will und einen Zaun an der türkischen Grenze baut (den sie selbst bezahlen muss, weil ihn die Kommission für nutzlos hält). Was Griechenland braucht, ist kein lautstarker Populismus, sondern eine solide Lösung der mit den Flüchtlingen verbundenen sozialen Probleme. Das geht nur mit vereinten Kräften. Griechenland muss endlich eine ordentliche Unterbringung der Flüchtlinge sowie ein funktionierendes Asylsystem gewährleisten und die dafür bereit stehenden EU-Hilfen abrufen. Und die Bundesregierung muss ihren Widerstand gegen eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen in der EU

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



aufgeben.

Weitere Presseterminale in Straßburg

Pressefrühstück der deutschen Grünen Abgeordneten

Mittwoch, 18. April
9.00 - 9.45 Uhr

Pressebar LOW

Themen:

Passagierdatenabkommen zwischen der EU und den USA, gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage, Energiebesteuerung und die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union.

Mit:

Jan Philipp Albrecht, Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und Datenschutzexperte der Fraktion Die Grünen/EFA
Sven Giegold, Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) für die Fraktion Die Grünen/EFA
Barbara Lochbihler, Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments für die Fraktion Die Grünen/EFA

Pressebriefing der Ko- Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/EFA

Mittwoch, 18. April
10.20 - 10.40 Uhr

Presseraum des Europäischen
Parlaments
LOW N-1/201

Mit:

Dany Cohn-Bendit und **Rebecca Harms**, Ko-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen EFA

Livestream:

<http://greenmediabox.eu/live/pressbriefing/>

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Telefon: +32 228-44683
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Telefon: +32 228 32107
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu